Anzeigenpreise:
Die achtgespaltene Zeile 40 ₰
Inserate für auswärts . 50 ₰
Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen . 20 ₰
Die 3gesp. Reklamezeile 150 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unsern Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint mit Ausn. d. Sonn-
Bezugsp
In Danzig durch Zweigstellen mon vierteljä
Durch d. Post bez. au Zustellgebühr . mo
Einzelnummern .
Postscheckkonto D

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpre

Redaktion:
Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition
Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32

Nr. 253 | Donnerstag, den 30. Oktober 1919 | 10. Jah

Der Feind steht rechts.

Noske gegen die monarchistischen Putschisten.

Genosse Noske galt nicht nur bei den Unabhängigen als ein Renegat, der durch den neuen Militarismus die monarchistische Reaktion in Deutschland wieder hochziehe. Auch wir haben mehrmals scharf gegen ihn Stellung genommen, wenn es galt, die häufigen Uebergriffe des reaktionären Offizierkorps zu brandmarken. Die Verhandlungen der Nationalversammlung in den letzten Wochen haben aber erwiesen, daß Noske links und rechts seine Gegner hat. Die Reaktionäre wittern Morgenluft. Sie glauben in der Reichswehr die Waffe zu haben, die sie im gegebenen Augenblick benutzen können. Noske ist für die Reichswehr dem Volke verantwortlich. Und wir glauben, daß er sich dieser Verantwortung als Reichswehrminister der deutschen Republik bewußt ist. In der gestrigen Verhandlung der Nationalversammlung ist er in der schärfsten Form den monarchistischen Deutschnationalen entgegengetreten. Diese entdecken mit einem Male auch ihr Herz für die Soldaten der Reichswehr. Vor der Revolution war es gerade die Rechte, die für die Mannschaften 22 Pfg. täglich als ausreichenden Sold ansah. Auch sonst kümmerten sich diese Herren nicht um die Mißstände im Heer, als dasselbe noch „kaiserlich" war. Ihre jetzige Fürsorge für die Mannschaften ist eitel Heuchelei. Es war erfreulich, daß gerade Noske dieses reaktionäre Treiben besonders brandmarkte. Die immer wieder vorgebrachte Lüge der Deutschnationalen, daß die Revolution an dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands schuld sei, wurde vom Genossen David und dem Demokraten Haas glänzend widerlegt. Die gestrigen Verhandlungen haben wieder gezeigt, wie töricht das Gerede der Unabhängigen von der Gemeinschaft der Sozialdemokraten mit den Reaktionären ist. Daß die Sozialdemokratie den Kampf nicht ausschließlich gegen rechts führen kann, ist nicht ihre Schuld.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 29. Okt.

Der Etat des Reichswehrministeriums.

Der Antrag des Ausschusses zur Geschäftsordnung: die Nichterteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gandorfer, wird angenommen. Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts (Reichswehr).

Abg. **Marezki** (Dt. Vp.): Die Stärke des Reichsheeres von 100 000 Mann ist zu gering. Wir danken dem Heere für seine Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung, besonders dem Obersten Reinhardt. Auch monarchistisch gesinnte Offiziere können der Republik treu dienen; wenn sie diese zwingen, die Reichswehr zu verlassen, so stürzt die Ordnung zusammen. Die Verpflegung der Mannschaften ist ungenügend, ebenso die Löhnung (Lärm links. Zuruf: Früher!). Die Zukunft der Leute ist nicht sicher gestellt. Die monarchisch gesinnten Offiziere weisen einen monarchischen Putsch weit von sich. Wir erkennen an, daß der Reichswehrminister den besten Willen hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten, im übrigen halten wir ihn für einen überzeugten Sozialisten, also für unseren schärfsten politischen Gegner.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Am besten wäre es, wir könnten auf jedes Heer verzichten. Wir sind stets für die Miliz eingetreten. Die Reichswehr kostet uns jetzt soviel wie das ganze Heer in Friedenszeiten früher gekostet hat. Für die Verteidigung des Landes kommt ein Söldnerheer kaum in Frage. Im Lande besteht die Gefahr, daß ein Söldnerheer ein Werkzeug der Reaktion wird. (Aha! rechts.) Zwischen dem adligen und bürgerlichen Offizierkorps besteht ein zahlenmäßiges Mißverhältnis. Die adligen Offiziere beginnen sich wieder zu fühlen. In den Gefangenenlagern findet man Blätter des Herrn Traub ebenso antisemitische Schriften. (Bravo rechts.) Die Mehrzahl der Offiziere stehen der Regierung feindlich gegenüber; kein Wunder, wenn die Disziplinlosigkeit auf die Mannschaft abfärbt. Ein Heer von Republikanern ist die beste Schutzwehr gegen Spartakisten und Alldeutsche.

Abg. **Nacken** (Ztr.): Die Ausgaben für Heer und Marine müssen auf das unerläßlichste Maß beschränkt werden. Wir wünschen das Gedeihen der Reichswehr. Mängel sind vorhanden, aber war es denn im alten Heere besser? Die Kasernen dürfen nicht der Tummelplatz der Politik werden, aber die Leute und Offiziere müssen auf dem Boden der Verfassung stehen. Der militärische Apparat muß der Regierung völlig zur Verfügung stehen.

Abg. **v. Graefe** (Dtnatl.): Die alte Armee war die Grundlage unseres Vaterlandes und des Deutschtums. Es ist ein tragisches Geschick, daß deutsche Männer so verblendet waren, daß sie mit dem Siege ihrer Partei das Vaterland zu Boden streckten. Uns ist ein jämmerlicher Trost übrig geblieben in der Reichswehr. Sie bedarf aufrichtiger Freunde. Die schwarzweißrote Fahne ist nicht verboten. (Lärm links.) Wenn alle monarchisch gesinnten Offiziere das Heer verlassen wollten, möchte ich einmal den traurigen Rest sehen. Sie (nach links gewandt) haben die Armee politisiert. Die Löhne sind ungenügend. Ob das Reich die Kosten für die Reichswehr tragen kann, darüber mag die Regierung sich den Kopf zerbrechen. (Lärm links.) Vorläufig werden Gelder verschwendet in haarsträubender Weise, aber wir haben nur den Schein einer aufrechterhaltenen Ordnung. In der Handhabung der Zensur als Oberbefehlshaber in den Marken war Herr Noske viel parteiischer als je einer seiner Vorgänger. Wer das Versprechen nicht halten kann, der sollte die Konsequenz daraus ziehen. Ich zweifle nicht, daß der Reichswehrminister in heroischer Heldengröße gegen uns den Gummiknüppel schwingen wird. (Beifall rechts. Zischen und Pfeifen links.)

Minister Noske:

Unser Heer und unser Volk brachen zusammen unter der Last einer vielfachen Uebermacht und es ist ehrenhaft daraus hervorgegangen. Die Reibungen mit den Litauern werden sich durch Verhandlungen beseitigen lassen. Der Rücktransport ist schwierig, vielleicht wird uns ein teilweiser Transport bewilligt. Ich muß mir jeden Eingriff in die Versorgung der Truppen verbieten. Die Reichsregierung verschließt sich nicht den Ansprüchen der Reichswehr, aber es fehlt an Rohstoffen und an Geld. Der Münchener Gefangenenmord war furchtbar; wer solche Dinge abwenden will, der sorge mit dafür, daß wir die Ordnung aufrecht erhalten können. Die Verringerung des Heeres ist langsamer gegangen als ich annahm, weil der Friede noch immer nicht ratifiziert ist. Eine beträchtliche Verminderung der Truppen geht von statten. Die Generale sind soweit entlassen; daß wir nur noch die wirklich in Dienst stehenden haben. Ich frage niemand nach seinem politischen Glaubensbekenntnis. Mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot darf nicht demonstriert werden; wer sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellt, kann gehen. Eine Reihe von verdienten Unteroffizieren sind bereits zu Offizieren befördert. In der Marine sind 50 Prozent aller Stellen für den Nachschub aus der Mannschaft frei gehalten. Wir werden im allgemeinen die Leute mit 18 Jahren einstellen, und wer mit 30 Jahren dann austritt, muß, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was er werden kann; mir werden ihm also den Zivilversorgungsschein geben müssen. Wir müssen den Leuten Aussichten bieten, sonst bleiben sie nicht. Die Reichswehr muß so gestaltet werden, daß sie dem Reiche Halt gewährt auf seinem Wege zum neuen Aufblühen. Die Reichswehr soll nicht Sache des Parteigezänkes sein. Die Deutschnationalen haben den Reichspräsidenten illoyal angegriffen und dabei haben sie das Gefüge der Reichswehr untergraben. Das deutsche Volk ist keine Leiche, wie Herr v. Graefe meint; es blutet aus tausend Wunden, aber es lebt und wir hoffen, es wieder blühend zu sehen. (Bravo!)

Das Reich darf weder durch Tollheiten von rechts noch durch Narrheiten von links gefährdet werden. Jeder Bürgerkrieg ist zu verhindern. (Zurufe rechts: November; Zurufe links: Wo waren Sie denn im November?) Ich werde jeden Putschversuch von rechts genau so bedenken wie von links. Je kleiner die Truppe desto schärfer wird sie zupacken. Wir müssen das Land retten, aufwärts und vorwärts. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Minister **David**: Die Niederlage als Folge der Revolution darzustellen, ist eine bodenlose Entstellung der Tatsachen und nun schwadert Herr v. Graefe seine Anklage gegen die, die den Frieden unterzeichnen mußten. Wenn man Herrn von Graefe gehört hat, so versteht man unseren Zusammenbruch. Dieser Geist ist schuld daran, seine Leute haben Deutschland ins Unglück gestürzt. (Sehr richtig! links.) Sie haben die Einheit zermürbt, indem sie jeden als Vaterlandsverräter schalten, der für die Verständigung war. Sie konnten nicht genug bekommen an Eroberungen und haben einen Verständigungsfrieden verhindert. Noch im Juli 1918 fielen sie über Herrn v. Kühlmann her wie die Wölfe, als er sagte, daß die Waffen allein den Krieg nicht entscheiden könnten. Erst zwei Monate später sahen sie, daß das Spiel verloren war. Nun verlangten sie einen Waffenstillstand binnen 48 Stunden. Wir sind nur in die Regierung eingetreten, um zu retten, was noch zu retten war. Hätten wir gezaudert, so wäre der Feind in gekommen, es wäre eine Niederlage ohne Gnaden. Die Franzosen brannten darauf, einzumarschieren, Deutschland auseinanderzureißen. Der Bürgerkrieg in furchtbarsten Form wäre die Folge gewesen. Herr v treibt nur Propaganda für die Bolschewiki. Das Politik des Wahnwitzes. (Beifall links.)

Abg. **Haas** (Dem.): Herr v. Graefe hat Zwietracht wollen zwischen der Reichsregierung und der Reichs Die Herren auf der Rechten wollen die Reichswehr für reaktionären Pläne benutzen. Das würde zur Anarchie führen. Wenn behauptet wird, die Revolution hätte die deutsche Armee um den Erfolg betrogen, so ist das eine Lüge. Wir sind besiegt worden von denen, die uns durch den U-Bootkrieg Amerika auf den Hals hetzten. Sie (nach rechts) haben gewußt, was die Generale und die Großindustriellen sagen, aber nicht, was der Musketier und der Füsilier sagten, die aber wollten nichts wissen von großen Kriegszielen; Haus und Hof wollten sie verteidigen, weiter wollten sie nicht gehen. Wir wollen, daß Verpflegung, Kleidung und Löhnung gut sind. Guter Unterricht muß erteilt werden, Disziplin muß sein, und die politisch unerfahrenen Offiziere dürfen nicht von rechts aufgehetzt werden.

Abg. **Könen** (U. S.): Die Politik der Rechtssozialisten ist genau so schuld am Kriege wie die der Rechtsparteien. Millionen werden gefordert für die Militärpolizei. Der Militarismus saugt am Marke des Volkes mehr als je. Für den reaktionären Geist in der Reichswehr liegen schlagende Beweise vor. Die Generale sind monarchisch bis auf die Knochen. Herr Noske und in Preußen Herr Heine arbeiten ganz in deutschnationalem Sinne. In der deutschen Republik von Noskes Gnaden werden Streikverbote und Belagerungszustandsverordnungen erlassen. (Als Redner auf Herfing und auf dessen Verbot einer unabhängigen Zeitung zu sprechen kam, mahnt ihn Präsident Fehrenbach zur Sache und erinnert ihn daran, daß er bereits 2 Stunden spreche.) Für den neuen Krieg brauchen Sie eine neue Armee. Wenn Noske noch eine Weile am Ruder bleibt und es nicht gelingt, die Massen im Zaume zu halten, so fließt in Deutschland mehr Blut im Bürgerkriege, als der Krieg 1870/71 gekostet hat. (Beifall bei den U. S.)

Minister Noske:

In Berlin sind im März über 1000 Tote zu beklagen gewesen, Soldaten und Bürger; aber wir haben den Kampf abgewehrt, den Sie auf die Straße getragen haben. Ich rate Ihnen sehr, die Massen im Zaume zu halten. Es gibt keine zeitfreiwilligen Regimenter, es gibt nur Listen, in welche sich Freiwillige eintragen für Zeiten der Not. Der Friedensvertrag wird von der Regierung loyal erfüllt werden. Die Reichswehr wird anständig versorgt und bezahlt werden, aber sie muß ein bedingungsloses Werkzeug in Händen der Regierung sein.

Das Gehalt des Reichswehrministers wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutschnationalen bewilligt. Weitere Titel werden angenommen, ebenso eine Entschließung Arnstadt: den Waffenmeistern den Rang der mittleren Beamten zu verleihen. Angenommen wird ein Antrag Stücklen wegen Aufbesserung der Gebührnisse der Reichswehr. Der Rest des Etats wird angenommen. Beim Haushalt des Reichsmilitärgerichts erklärt Minister Noske auf Anfrage des Abg. Dr. Cohn (U. S.), daß er nach Wiederzusammentritt des Hauses diesem den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit werde vorlegen können. Der Haushalt wird angenommen.

Es folgt der Haushalt der Verwaltung der Reichsmarine. Der Etat wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso der Haushalt des Reichstags. Der Haushalt des Rechnungshofs, der Reichsdruckerei, der Reichsschulden, der allgemeinen Finanzverwaltung des Etatgesetzes. Damit ist die 2. Lesung des Haushalts beendet. Nächste Sitzung Donnerstag

Verbot der „Deutschen Zeitung".

Die „Deutsche Zeitung" ist von Noske wegen eines Artikels verboten worden, der die Erklärungen des Reichspräsidenten Ebert und der Ministerpräsidenten Scheidemann und Hirsch gegen die Unterzeichnung des Friedens mit der dann doch erfolgten Unterzeichnung in Gegensatz stellt und die Frage aufwirft, wie lange sich die deutschen Steuerzahler ein solches Oberhaupt noch gefallen lassen wollen und wie lange deutsche Soldaten einem Menschen Gehorsam leisten sollen, der die Unterzeichnung des Friedens als ehrlos und würdelos erklärt und sie dann doch vorgenommen hat.

Das Verbot läßt zwar die an sich löbliche Absicht erkennen, gegen die regierungsfeindliche Presse von rechts ebenso scharf vorzugehen wie gegen die von links. Es fragt sich nur, ob Zeitungsverbote überhaupt das richtige Mittel sind, die Autorität einer Regierung zu stützen. Wir glauben das nicht, und wie wir die Verbote der linksradikalen Presse stets mißbilligt haben, so können wir auch in diesem Falle dem Verbot des rechtsradikalen Organs keinen Geschmack abgewinnen.

Einigung in weiter Ferne.

...ktral geht weiter . . . Wie [illegible] der Partei
...mmer das Programm aufgestellt, das die [illegible]
...r Konferenz der Einigungszentrale aufgestellt
... Sozialdemokratie hat sich diesem Programm
...h entgegen gestellt. Der „Vorwärts" erklärt, daß
...kaum die Grundlage einer Einigung sein könnte,
...nabhängigen endgültig jede Gemeinschaft mit den
...en Diktatur- und Putschapostoln aufgeben. Die
...ten befinden sich aber zurzeit noch in einem
...gheß. Ein Teil der Anhänger, unter Führung
...g und Dr. Geyer, sucht Anschluß an die Kom-
...er Parteitag der Unabhängigen dürfte wohl
...ärung bringen. Die Kommunisten haben unter
...ei Richtungen. Hier ist aber die Klärung be-
... Die Hamburger „Kommunistische Arbeiterztg."
...t an der Spitze des Blattes folgenden Aufruf:
...mmunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
...eilten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale
...i die Delegierten mit Leitsätzen überfallen, die
...Organisationen zur Beschlußfassung nicht vorge-
... Am Schluß dieser Leitsätze befand sich der
...ß alle Genossen, die nicht auf dem Boden dieser
...den, aus der Partei auszuscheiden hätten. 18 von
...gierten haben gegen diese Leitsätze gestimmt,
...halb als außerhalb der Partei stehend erklärt und
...et, den Parteitag sofort zu verlassen.
...Aufruf nimmt dann zu diesem Vorgehen der Zen-
...lung und weist am Ende darauf hin, daß sich die
...eit sofort neu organisieren müsse und daß die Partei-
...ion in Hamburg die Durchführung der Vorarbeiten
...Organisation der neuen Partei in die Hand genom-
...e. Der Aufruf ist unterzeichnet u. a. von Dr. Laufen-
... Wolffheim-Hamburg.
... schreibt die „Freiheit", daß

...ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse
...chlands für die spezifisch bolschewistischen Methoden
...en Boden abgeben und die Uebertragung russischer
...olutionärer Methoden auf Deutschland nur die Gegen-
...revolution stärkt, was bereits immer weitere Kreise der
Arbeiter begriffen haben."

Die bessere Einsicht der „Freiheit" kommt etwas sehr früh. Das Blatt hat bisher am meisten mit dem bolschewistischen System geliebäugelt. Die Schreibweise der „Freiheit" hat es in erster Linie mitverschuldet, wenn eine ganze Reihe von Arbeitern in Deutschland auf den Bolschewismus hingearbeitet haben. Die Blätter der Unabhängigen können nicht bestreiten, daß sie den Bolschewismus nach allen Regeln der Kunst propagiert haben. Die trefflichen Ausführungen Karl Kautskys in seinem Buche „Terrorismus und Kommunismus" über die gegensätzlichen Verhältnisse in Deutschland haben sie absichtlich totgeschwiegen. Und wenn die Mehrheitssozialisten auf diese andersgearteten Verhältnisse hingewiesen haben, wurden sie von den Unabhängigen auf das heftigste angegriffen. Nun hat mit einem Male die Sozialdemokratie recht. Ein einmaliger kurzer Lichtblick der Unabhängigen führt aber noch nicht zu einer Aenderung des alten Kurses. Erst wenn bei ihnen die klare Erkenntnis gekommen sein wird, daß die bolschewistische Rätediktatur der deutschen Arbeiterschaft nur zum Schaden gereicht, steht eine Besserung zu erwarten. Vielleicht sehen auch die Arbeiter selber ein, wie sie bisher von den Unabhängigen genasführt worden sind.

Auch in der linkssozialistischen Jugendbewegung ist es jetzt zu einer Spaltung gekommen. Die „Freie Sozialistische Jugendorganisation", die sich nach der Spaltung der Sozialdemokratie von der „Arbeiterjugend" getrennt hat, segelte immer offener in rein kommunistischem Fahrwasser. Das verdanken die Unabhängigen ihrer Politik, indem sie die jungen Leute einfach vor ihren Parteikarren spannten und die fanatische Hetze gegen die Sozialdemokratie den Jugendlichen einimpften. Auf der Reichskonferenz der „Freien Sozialistischen Jugend", die am Sonntag vor acht Tagen in Weimar abgehalten wurde, wurde die Spaltung herbeigeführt. Die kommunistische Konferenzmehrheit nahm einen Antrag an, wonach die Jugendbewegung sich der Kommunistischen Partei gegenüber sympathisch verhalten und alle anderen Parteien einschließlich der U. S. P. auf das schärfste bekämpfen soll. Weiter wurde beschlossen, daß alle, die gegen den Antrag gestimmt haben, nicht mehr zur „Freien Sozialistischen Jugend" gehörig betrachtet werden.

Als sich die „Freie Sozialistische Jugend" von der alten Organisation der „Arbeiterjugend" trennte, hielten die Unabhängigen das für gänzlich in der Ordnung. Damals hielten sie es für selbstverständlich, daß ihre klassenbewußten Kinder nicht mehr in der allgemeinen sozialistischen Jugendbewegung verbleiben dürften, weil ihnen die politische Richtung der Erwachsenen nicht paßte. Damals mußte auch eine Trennung der Jugendlichen nach politischen Gesichtspunkten erfolgen. Daß eine solche politische Tendenzmacherei in der Jugendbewegung geradezu ein Verbrechen ist, sehen jetzt die Unabhängigen ein. Die „Freiheit" schreibt nämlich ganz vernünftig: „Es ist einfach unsinnig, die Jugendlichen zu einer Jugendbewegung von einem parteipolitischen Entwicklungsstandpunkte der Jungen und Mädels abhängig machen zu wollen." Sehr richtig! Aber warum kommt denn die „Freiheit" sich nicht schon früher zu einer solchen Ansicht durchringen? Hätte sie das getan, dann gäbe es heute keine drei Richtungen innerhalb der Arbeiterjugend.

Es ist

ein Hexensabbat von Unsittlichkeit,

Unanständigkeit und Gemeinheit, der sich auf den bayerischen Straßen entfaltet. Die Solidarität ist restlos zum Teufel. Egoismus und Eigensinn herrschen ohne Schranken. Mit Leichen werden sich alle verständigen Arbeiter von diesem Treiben abwenden. Aber leider werden auf absehbare Zeit nicht alle Arbeiter vernünftig sein. Deutschlands unerträgliche Lage nach dem Zusammenbruch im Kriege wird den Verhetzungsstücken immer wieder neue Jünger zuführen. Die Sozialdemokratie und wirtschaftlich Deutschland gerettet hat!

Vor 71 Jahren schlossen Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" das Kampfgebet auf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Heute geben die Kommunisten der Losung die neue Parole aus: Proletarier Deutschlands, spaltet euch! —

Die Charakterlosigkeit der Kriegervereine.

Es ist noch nicht lange her, da wurden Sozialdemokraten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie den Kriegervereinen eines Tages die „Kriegervereine" sagten. Jetzt höhnt ein erzkonservatives Organ, der „Reichsbote", über die „Kaisertreue" der Kriegervereine, die [illegible] am 7. September 1918 [illegible] Kaiser, Volk und Reich" gelobt, und fragen später, ob diese Schwur unverbrüchlicher Treue vergessen gewesen. Der [illegible] Kriegerbund Kyffhäuser, der das Telegramm an den Kaiser unterschrieben habe, habe drei Millionen alter Soldaten der Kriegervereine in das Lager der Revolution (was allerdings eine Parteiübertreibung ist) geführt und die Kyffhäuser-Vorsitzenden der Kriegervereine treibe Beschwichtigungsangst, indem sie verlangt, daß die Kriegervereine, den vollendeten Tatsachen Rechnung tragend, sich auf den Boden der neuen Regierung stellen. Dazu höhnt der „Reichsbote": „Das ist die Mannestreue der Kriegervereine! Kaisertreue auf Kündigung!" Auch das konservative Blatt meint spöttisch, wenn Deutschland wieder einmal zur Monarchie zurückkehre, dann würden die Kriegervereine wieder „Kaisertreu" werden und Huldigungstelegramme schicken.

Das glauben wir auch! Jedenfalls aber ist die vollendete Gesinnungslosigkeit dieser Gesellschaft von Seiten der Rechten kaum jemals so scharf charakterisiert worden, wie hier von dem konservativen Organ. Wie hier die gesinnungsfesten Monarchisten, so soll auch jeder gesinnungsfeste Republikaner die Gemeinschaft mit diesem Strebergebilde ablehnen.

Ein Volk von Bettlern.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung", das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokraten: „Die Krone ist jetzt ungefähr fünf Centimes wert. Versuchen wir einmal, uns recht anschaulich zu machen, was das bedeutet! Es gibt in Deutsch-Oesterreich Zehntausende Staatsangehörige, deren Monatsverdienst 500 Kronen und weniger beträgt. Nun, 500 Kronen sind heute 25 Franken oder 5 Dollar wert. Und 5 Dollar beträgt heute in Amerika der Tagelohn eines ungelernten Arbeiters. Der Monatsverdienst von Zehntausenden unserer Staatsangestellten ist also heute nicht höher als der Tagelohn ungelernter Industriearbeiter in den Vereinigten Staaten! In der Privatindustrie haben unsere Arbeiter höhere Löhne; und das Bürgertum entrüstet sich tagtäglich darüber, wie schrecklich hoch die Arbeitslöhne seien. Indessen erreicht der Monatsverdienst selbst der bestbezahltesten Arbeiter nicht 2000 Kronen. Und was sind heute 2000 Kronen? 100 Franken oder 20 Dollar. Selbst unsere bestbezahltesten, höchstqualifizierten Arbeiter verdienen im Monat weniger als ein ungelernter Arbeiter in Amerika in vier Arbeitstagen verdient.

Die Entwertung unseres Geldes ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung unserer Not; nicht die Krankheitsursache, sondern nur ein Symptom der Krankheit unseres Wirtschaftskörpers. Die wahre Ursache unserer Krankheit ist, daß unser Land aus dem großen Wirtschaftsgebiet, dem es organisch eingegliedert war, gewaltsam herausgerissen, selbständig nicht existieren, nicht leben kann. Auf Einfuhr aller Lebensmittel angewiesen, aber ohne die Möglichkeit, diese Einfuhr mit Ausfuhrgütern zu bezahlen, muß es verelenden und verkommen. Das Mißverhältnis zwischen Verbrauch und Erzeugung, zwischen Einfuhrbedarf und Ausfuhrfähigkeit muß den Wert unseres Geldes immer tiefer drücken. Nur wenn wir für den Zerfall des alten großen Wirtschaftsgebietes, dem wir angehört hatten, Ersatz gefunden hätten in der Eingliederung in ein neues großes Wirtschaftsgebiet, in das des Deutschen Reiches, wäre uns diese vollständige Pauperisierung erspart geblieben.

Ein Volk von Bettlern kann nur Bettlerpolitik machen. Heute hat die Nationalversammlung das Gesetz beschlossen, das unserem Staate statt des Namens Deutsch-Oesterreich, den wir uns vor einem Jahre selbst gewählt haben, den uns von der Entente diktierten Namen „Republik Oesterreich" gibt und das die vor einem Jahre aus dem freien Entschluß eines ganzen Volkes hervorgegangene Bestimmung, daß Deutsch-Oesterreich ein Bestandteil der deutschen Republik sei, aus unseren Gesetzbüchern streicht. Wir haben mit diesem Gesetz unser Selbstbestimmungsrecht, ja unser Selbstbenennungsrecht preisgeben müssen. Wir konnten nicht anders. Wir mußten es tun. Wenn wir nicht brav sind, nicht folgen, läßt uns die Entente einfach verhungern. Unsere ganze innere und äußere Politik ist jetzt nur von einem Gedanken bestimmt und kann nur noch von einem Gedanken sein: uns die Gnade der Entente zu erwerben. Wer Almosen braucht, muß den Reichen vor dessen Tür er bettelt, gnädig stimmen."

Welche Tragik liegt in diesen wenigen Sätzen, und doch sollten gerade diese Ausführungen des radikal-sozialistischen Wiener Blattes unseren Radikalinskis zu denken geben. Die Lage Deutschlands ist nicht sehr viel besser als die Oesterreichs und so manches für Oesterreich Gesagte trifft auch auf Deutschland zu.

Agrarische Landesverräter.

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Koblenz berichtet: Die ernste wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten veranlaßte den Reichskommissar für das besetzte Gebiet, von Starck, die Vertreter der einzelnen Bevölkerungsschichten zu einer Konferenz in Koblenz zusammen zu berufen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die besetzten Gebiete aus eigener Ernte den Getreidebedarf für 7 bis 8 Monate decken könnten, daß aber die Landwirte sich weigern, ihre Ablieferungspflichten zu erfüllen und das Getreide an die Schleichhändler zu Riesenpreisen abgeben. Der Schmuggel von deutschem Getreide über die Westgrenze habe einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. Tonnenweise in langen Automobilzügen gehe aus den Kreisen Geldern und Cleve das Getreide nach Holland und komme zu unerhörten Preisen als Auslandsmehl wieder herein. Die deutschen Behörden seien machtlos, da ihnen die Berechtigung der Zollkontrolle fehle. Die Schmuggelautomobile seien zum größten Teil von Angehörigen der Besatzungsarmee begleitet. Aus diesen Umständen entsteht die Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit ohne jeden Vorrat an Brotgetreide dastehe. Um praktische Maßnahmen zur Behebung der Notlage und Bekämpfung gegen das überhandnehmende Schieber- und Wuchertum zu finden, wurden für die einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt, die sich in Verbindung mit dem Reichskommissar und mit den Besatzungsbehörden über die geeigneten Hilfsmaßnahmen ins Einvernehmen setzen sollen.

Arbeit für den Reichswirtschaftsrat.

Der „Vorwärts" tritt lebhaft dafür ein, daß unsere Parteigenossen im Parlament und in der Regierung dafür sorgen, daß die Interessen der Verbraucher im vorbereitenden Reichswirtschaftsrat nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Der am 7. November zusammentretende Reichskohlenrat wird Stellung nehmen zur Frage der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat sowie zur Kohlenwirtschaft überhaupt und zur Regelung der Einfuhr ausländischer Kohle.

Die ungenügende Milderung der Blockade.

Königsberg, 29. Okt. (W. T. B.) Die angebliche Erleichterung der Ostseeblockade durch Freigabe der Hoheitsgewässer für die Küstenschiffahrt wird hier als völlig unzureichend betrachtet. Hiesige Schiffahrtskreise verlangen dringend die sofortige Aufhebung der Blockade oder wenigstens eine Erweiterung der Freizone auf sechs bis zehn Seemeilen.

Eine Partei ohne Existenzberechtigung.

Der offenherzige Dr. Kurt Geyer, Abgeordneter der U. S. P., schreibt gegen seinen Parteigenossen Karl Kautsky, der sich für die Demokratie erklärt hat, in der Erfurter „Tribüne":

Diese (Kautskys) Anschauung widerspricht dem klaren Bekenntnis des Programms zur Diktatur. Auf dieser Basis die Einigung herbeiführen wollen, heißt die Existenzberechtigung der U. S. P. verneinen.

Wer das Proletariat gleich Kautsky für die Demokratie mit sozialistischem Ziel gewinnen will, verneint in der Tat die Existenzberechtigung der U. S. P., weil es eine demokratische Partei mit sozialistischem Ziel bereits gibt: die Sozialdemokratie.

Aber Geyer untergräbt nicht minder wie Kautsky die Existenzberechtigung seiner Partei. Denn eine Partei, die den Versuch machen will, den Sozialismus durch die Diktatur zu verwirklichen, besteht gleichfalls schon: die Partei der Kommunisten.

Die Welt ist verteilt. Die Unabhängigen werden bald an leeren Tischen tafeln müssen. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist für eine politische Partei kein Raum. Die demokratische Vernunft winkt bei uns, die grinsende Furie der Diktatur bei den Kommunisten, zwischen Demokratie und Diktatur kann es keine Vereinigung geben. Wer einmal für die Diktatur schwärmt, wird folgerichtigerweise Kommunist werden. Wer Demokrat gleich Kautsky geblieben ist, wird den Weg zu unserer Partei zurückfinden.

Am besten für das Proletariat wäre natürlich die Einigung aller Sozialisten auf dem Wege des Kompromisses, das Freiheit der Kritik mit strenger Disziplin im Handeln vereinigt.

Wilhelm und Auguste.

Sie fühlen sich nicht wohl, die unglücklichen Einsiedler von Amerongen, wenn nicht ab und zu die Welt von ihnen redet. Für Auguste hat jüngst ihre treue Dienerin Margarete Behm von der Tribüne der Nationalversammlung Reklame gemacht, allerdings sehr unangenehme, denn die Heimarbeiterinnen, als deren unermüdlichen Schutzengel Margarete Behm Auguste pries, haben ihren Lebtag von dieser kaiserlichen Fürsorge nicht das mindeste gemerkt.

Wilhelm macht wie gewöhnlich für sich selber Reklame. Er verklagt seinen ehemaligen Hofschauspieler und Lakaien Ferdinand Bonn wegen des undankbaren und geschmacklosen Kaiserfilms. Bonn ist eine Lektion wohl zu gönnen. Aber wie wird Wilhelm zumute werden, wenn Bonn vor Gericht den Wahrheitsbeweis antritt und all die erwiesenen und notorischen Taktlosigkeiten der ehemals geheiligten Person ans Licht der Oeffentlichkeit zerrt?!

Die reaktionäre Lügenbrut.

Eine öfter beobachtete Erscheinung bei der reaktionären Offizierscliquе ist: Wenn ihr jemand, namentlich ein Aufgeklärter, aus ihrem eigenen Kreise politisch unangenehm wird, so scheut sich die Clique nicht, mit einer Flut gemeiner Verdächtigungen und Beschimpfungen über den Betreffenden herzufallen. Dieselben Leute, die jedermann vor die Pistole fordern, der nur im geringsten ihre Wahrheitsliebe anzuzweifeln wagt, erfinden und verbreiten mit dreister Stirn die ungeheuerlichsten Lügen, um einen ihnen unbequemen Mann unmöglich zu machen oder kalt zu stellen.

Ein neues Beispiel für die Taktik bildet die Angelegenheit des Fliegerleutnants Fritz Porten. Dieser, der Bruder der bekannten Filmschauspielerin, war gleich nach Ausbruch der Revolution Mitglied eines Soldatenrats geworden und machte aus seiner republikanischen Gesinnung kein Hehl. Die Folge war, daß die Offizierscliquе ihn in der Oeffentlichkeit mit den schmutzigsten Beschimpfungen übergoß. Aus Offizierskreisen der Ostarmee wurden Zeitungsartikel gegen Porten verbreitet, in denen dieser beschuldigt wurde, den großen Flugzeugpark Wilna an die Bolschewisten verkauft und dabei Millionen in seine eigene Tasche gesteckt zu haben. Das Ermittelungsverfahren, das Porten gegen sich selber beantragt hat, hat ergeben, daß alles Lüge und Schwindel ist. Porten hat im Gegenteil das gesamte Flugzeugmaterial aus Wilna ordnungsmäßig zurückgebracht und in Deutschland der Inspektion der Fliegertruppe abgeliefert, er hat dem deutschen Volk Millionenwerte erhalten, wofür ihm größte Anerkennung und Dankbarkeit gebührt. Nicht der leiseste Schatten fällt auf die Ehre des Mannes, den die reaktionäre Clique als Gauner und Hochstapler hinzustellen versucht hat.

Nach diesem Fall lernt vielleicht die Oeffentlichkeit endlich die persönlichen Anschauungen etwas anders zu beurteilen, die mit regelmäßiger Pünktlichkeit auf jeden Menschen herabhageln, der in das Treiben der reaktionären Offizierscliquе hineinleuchtet.

Prinzipienreine Freidenkerei.

Eine Konferenz rheinisch-westfälischer Freidenker nahm folgende Resolution an, die auf der Generalversammlung des Zentralverbandes proletarischer Freidenker am 16. und 17. November in Hamburg zur Debatte gestellt werden soll:

„Der Zentralverband der proletarischen Freidenkervereine stellt sich auf den Boden des Rätesystems und der Diktatur des Proletariats. Nur Vereine und Einzelmitglieder, die sich zu diesen Forderungen bekennen, können dem Verbande angehören."

Nun ist ja das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats bald auf den Kegelklub gekommen!

Beilage zur Volkswacht

Nr. 253 | Donnerstag, den 30. Oktober 1919 | 10. Jahr

Die Kirche „siegt".

In allen Städten leidet die Bevölkerung furchtbar unter der Kohlennot. Vor den städtischen Brennstoffämtern, auf den Kohlenhöfen drängen sich die Frauen der Arbeiterschaft, um ein winziges Gewicht von diesem notwendigen Feuerungs- und Heizmittel zu erhalten. Mit Handwagen und Axt gerüstet, ziehen die Proletarierfamilien stundenlange Wege hinaus, um sich in den benachbarten Wäldern mühselig einen Wagen Holz zusammenzuschlagen. Da werden eines Tages bei dem Superintendenten Möhrke in Marienburg Kohlen vorgefahren. Nicht nur 5 oder 10 Zentner. Mitglieder des Arbeiterrates erfahren davon und beschlagnahmen einen Teil der angefahrenen Kohlen, 50 Zentner. Die beschlagnahmten Kohlen werden vom Arbeiterrat an die arme Bevölkerung verkauft. Die Not von mindestens 25 Familien konnte so gelindert werden. Unsere „Volkswacht" erfährt von dem Vorfall, teilt ihn ihren Lesern mit und glossiert das Verhalten des geistlichen Kohlenempfängers. Die Folge — Strafantrag gegen die „Volkswacht" wegen Beleidigung. Auch die Arbeiterratsmitglieder erhalten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Was ging sie auch die Not ihrer frierenden Mitmenschen an.

Unser „Verantwortlicher" Genosse Loops mußte sich also vor dem Marienburger Schöffengericht verantworten. Der beleidigte Superintendent war höchstselbst erschienen, hatte sich aber zur Unterstützung einen Rechtsanwalt mitgebracht. Dieser Herr fühlte sich bemüßigt, unserm Genossen Loops einen Vortrag über die Aufgaben eines Redakteurs zu halten. Dieser hätte sich nicht darum zu kümmern, wenn in der Provinz ein Bürger seine Kohlen erhalte. Eine in Danzig erscheinende Zeitung dürfe sich nicht in Marienburger Angelegenheiten einmischen. Herr Superintendent Möhrke wäre dem angeklagten Redakteur auch nicht persönlich bekannt gewesen. Trotzdem hätte letzterer gegen den Kläger die schweren Beleidigungen erhoben. Er beantrage, den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu bestrafen.

Genosse Loops erwiderte, daß ein Redakteur öffentliche Mißstände sehr wohl kritisieren müsse. Selbstverständlich könne sich der Redakteur nicht immer selbst von der Richtigkeit der gemachten Angaben überzeugen. Die Redaktion der „Volkswacht" hätte die Pflicht gehabt, auch die Kohlenbeschlagnahme bei dem Marienburger Superintendenten zu kritisieren, da sie auch Parteiorgan für Marienburg sei. Die Tatsache, daß bei dem ersten Geistlichen eine so große Menge von Kohlen gefunden wurde, müsse aufreizend auf die Bevölkerung wirken. Die größere Menge Kohlen habe der Kläger noch behalten. Der Kohlenvorrat habe mindestens 120 Zentner betragen. Auf eine Frage des Richters erklärt der Geistliche, daß sein Kohlenvorrat „ungefähr" 110 Zentner betrug, genau könne er das nicht sagen. Ferner hat dieser Vertreter des Christentums um eine exemplarische Bestrafung des Beklagten. Dieser sei Dissident und so erkläre sich auch sein Haß gegen das Christentum. Dieses werde in letzter Zeit immer mehr von den sozialdemokratischen Parteibeamten beschimpft, während die Anhänger der Sozialdemokratie aus den unteren Ständen noch zum größten Teil gläubige Leute seien. Die sozialdemokratischen Agitatoren aber wollen das Christentum beseitigen und bekämpfen es deshalb mit den niedrigsten Mitteln. Im übrigen habe er die Kohlen mit Erlaubnis der städtischen Kohlenstelle erhalten. Einen Teil derselben brauche er auch zur Heizung seiner Diensträume.

Genosse Loops beleuchtete in seinem Schlußwort ausführlich das praktische Christentum des Herrn Möhrke. Ob derselbe die Kohlen mit oder ohne Erlaubnis der städtischen Kohlenstelle erhalten hat, kommt hier nicht in Frage. Es macht auf jeden Fall einen sehr sonderbaren Eindruck, wenn sich in dem Keller des Geistlichen eine solche erhebliche Kohlenmenge vorfindet, während die arme Bevölkerung oft nicht einmal Brennmaterial für den nächsten Tag hat. Christus hat erklärt, daß er nicht einen Stein habe, worauf er sein Haupt hinlege. Herr Möhrke aber hat sich durch seine Kohlenhamsterei nicht als ein entbehrender, duldender Christ erwiesen. Der Vorwurf der Heuchelei gilt besonders für viele Amtsbrüder des Herrn Möhrke, die ganz anders predigten, als es die Lehre Christi vorschreibt. Es ist höchst eigenartig, daß der Privatkläger glaubt, als angestellter Geistl Christentum zu personifizieren. Wenn Herr M sozialdemokratischen Parteibeamten gewerbsmä schimpfen der christlichen Kirche vorwirft, so ist i stens eine Unwahrheit. Trotzdem ich Dissiden ich kein sogenannter Pfaffenfresser. Auch meinen kollegen liegt jeder bornierte Kirchenhaß fer handelte es sich auch um keinen Austrag schiedenen Weltanschauungen, sondern um kritisch tungen über die Kohlenhamsterei eines wirtschaf stehenden Marienburger Bürgers. Der Privatkläge zugegeben, daß die bei ihm vorhanden gewesene menge ungefähr 110 Zentner betrug. In Wirklichke aber noch mehr gewesen. Als Entlastung k Angabe über die Heizung von Diensträumer dienen, da sich das Arbeitszimmer in der W des Geistlichen befindet, und man dieses auc Wohnzimmer bezeichnen kann. Genosse Loops erklärt Schluß, daß er den Artikel nicht selbst geschrieben, al Verantwortung dafür übernehme. Die Absicht der E gung habe ihm völlig fern gelegen. Er habe nur öffentlichen Mißstand pflichtgemäß kritisieren wollen.

Das Gericht zog sich zur kurzen Beratung zurück un urteilte dann den Genossen Loops zu einer Geldstrafe 300 Mark und sprach dem Privatkläger die Befugnis zu, Urteil in der „Volkswacht" und den Marienburger Zeitun gen zu veröffentlichen. Das Recht der Kritik könne dem Beklagten nicht abgesprochen werden. In der Form sei der Artikel jedoch über das zulässige Maß hinausgegangen.

Herr Superintendent Möhrke dürfte von dem Prozeß nicht sehr befriedigt sein, trotzdem er die Bestrafung des Pressesünders durchsetzte. Erst recht aber nicht seine vorgesetzte kirchliche Behörde. Denn zur Stärkung des Ansehens der evangelischen Kirche trug dieser Prozeß nicht bei.

Pelz-Kragen Muffen Mäntel Hüte

unerreichte Auswahl allerbilligste Preise

Berliner Pelz-Vertrieb

Danzig, Breitgasse 121, I. Etage

Kriegsanleihe nehmen in Zahlung

Fahrt nach Danzig wird vergütet

(5048

Die Marzipan-Lise.

Erzählung von Friedrich Halm.

5) (Fortsetzung.)

Hier hielt der Erzähler inne, denn einer seiner Zuhörer hatte in dem Bestreben, sich leise zu erheben und seinen Stuhl recht unbemerkt zurückzuschieben, mehr Geräusch verursacht, als dies vielleicht bei minderer Vorsicht der Fall gewesen wäre. Es war der Schreiber Ferencz, der nicht wenig verwirrt schien, die allgemeine Aufmerksamkeit durch diese Störung so ausschließend auf sich gezogen zu haben. Erst auf den wiederholten Anruf Horváths, was es gäbe, stammelte er die Entschuldigung hervor, auf dem Platze, den er bisher eingenommen, verletze das grelle Kerzenlicht seine leidenden Augen und er gedächte sich daher in die dunkleren Räume der Stube zurückzuziehen. „Geh' Er nur lieber gleich zu Bette; kranke Leute taugen nicht zu den Gesunden!" gab ihm Horváth rauh und hart zur Antwort, worauf aber Ferencz nach kurzem Besinnen mit unsicherer Stimme erwiderte, er wolle nichts von der anziehenden Erzählung des Herrn Steidler verlieren und daher, wenn es ihm vergönnt wäre, auf der Bank hinter dem Ofen Platz nehmen! — „Auch gut, krieche Er hinter den Ofen," brummte Herr Horváth; gleich darauf aber Czenczis Erbleichen und Erröten, ihre besorgten Blicke, die schlecht verhehlte Unruhe gewahrend, mit der sie den Bewegungen des Schreibers folgte, rief er, mit der derben Faust auf den Tisch hinschlagend, daß Fläschchen und Gläser klirrten: „Kreuz — schwere Not! Rühre dich, Mädel! Das Glas des Herrn Steidler ist leer! Schenk ein und präsentiere ihm den Kuchenteller! Donnerwetter, paß auf!" Während Czenczi zusammenfuhr und, so rauher Mahnung ungewohnt, zitternd die Aufträge des Vaters erfüllte, hatte dieser, seinen Unmut unter einer scherzenden Miene verbergend, sich wieder zu seinem Gaste gewandt und ihn aufgefordert, nach der unliebsamen Unterbrechung den Faden seiner Erzählung wieder aufzunehmen.

„Liebwertester Freund," begann Herr Steidler, „ich habe Euch wohl vorausgesagt, daß an jenem Vorfall, von dem ich Euch durchaus berichten sollte, nicht eben viel Merkwürdiges wäre; Ihr habt mir aber nicht glauben wollen: erstaunt also nicht, wenn ich an den Anfang meiner Geschichte statt ihrer Fortsetzung, die Ihr erwartet und begehrt, gleich unmittelbar ihr Ende knüpfen muß. Nachdem ich nämlich auf die Art und Weise, wie ich eben berichtet, die Marzipan-Lise und ihren Mietsmann kennengelernt hatte, ging ich meinen Geschäften nach und kehrte dann in meine Heimat zurück, ohne von jenen beiden weiter zu hören, oder ihrer auch nur von ferne zu gedenken. Nach etwa sechs Wochen hatte ich wieder eine Geschäftsreise nach Bruck anzutreten, und diese Gelegenheit benützte ich, einen Freund auf einem von Bruck kaum eine halbe Stunde entfernten Hammerwerke zu besuchen; dort abgestiegen, wurde ich nicht mehr fortgelassen; ich mußte bei meinem Freunde übernachten und setzte erst ziemlich spät morgens meine Reise wieder fort.

„Ich wußte, daß an jenem Tage zu Bruck der Wochenmarkt abgehalten werde, und gedachte von diesem Umstande zur Besorgung mancher notwendiger Einkäufe Nutzen zu ziehen; ich war daher nicht wenig erstaunt, als ich bei meiner Ankunft zu Bruck zwar den Marktplatz mit Waren aller Art bedeckt, aber weder Käufer noch selbst Verkäufer, nur einige Kinder und alte Weiber, die Waren zu behüten, zur Stelle fand. Vor dem Kreuzwirtshause angelangt, sah ich weder Hausknecht noch Kellnerin herzuspringen, noch schwenkte mir der Kreuzwirt sein grünes Sammtmützlein entgegen, dagegen bemerkte ich an der Ecke des Hauses einen Knäuel von Menschen, den immer neuer Zulauf vermehrte. Dies erregte meine Neugier; ich schritt auf das Gewimmel zu und hatte kaum einige Schritte getan, als ich den Kreuzwirt erkannte, der mir zuwinkte und schrie: Hierher, nur hierher, kommt nur, Herr Steidler! — Kreuzwirt, sagte ich, als ich ihn endlich erreicht hatte, beißt Euch das Mäuslein, daß Ihr hier Maulaffen feil habt? — Gibts Feuer oder ist sonst ein Unglück geschehen? — Der aber, ganz erhitzt und verwirrt meiner Worte nicht achtend, schnaubt mir entgegen: Wollt Ihr sie sehen? Ich führe Euch hin, wenn Ihr sie sehen wollt! — Potz Hammer und Amboß! rufe ich, wer oder was ist denn zu sehen? — Was zu sehen ist? war die Antwort, nun die Marzipan-Lise, nach der Ihr letzthin fragtet! Kommt nur mit! Toben ist der Syndikus hinein und die Herren vom Rate! — Und ohne mir weitere Auskunft zu geben, faßte er mich beim Arm, rief mit barscher Stimme der vorwärtsdrängenden Menge ein: Platz da! Vorgesehen! zu, und zog mich, mit breiten Schultern und derben Fäusten mir Luft machend, in das Gäßchen hinein, dessen ich früher gedachte, und das nun mit Menschen jeden Geschlechts und Alters so vollgepfropft war, daß nirgends auch nur ein Apfel hätte zur Erde fallen können.

Endlich hatten wir das Haus erreicht, waren die Eingangsstufen hinangestolpert und hatten uns durch den dunkeln Hausflur an der steilen, finstern Treppe vorbei durch mehrere Stuben des Erdgeschosses in ein kleines gewölbtes Gemach gedrängt, das, wie sich später auswies, die Schlafstube der Hausfrau war. Das erste, was mir hier in die Augen fiel, war die über einen Handenstock gestülpte Drahthaube mit der feuerfarbenen Schleife; über der Lehne eines Stuhls hing das Kamelottkleid und das dazu gehörige Halbmäntelchen; die Besitzerin dieser Gewänder aber lag unfern von ihrer Bettspende, nur notdürftig bedeckt, auf dem Boden; das dünne graue Haar hing aufgelöst um das runzlichte schwarzblaue Gesicht und den pergamentähnlichen Nacken, den scharf ins emporquellende Fleisch gedrückt das grellgelbe Halstuch umschlang, mit dem die Unglückliche nach kurzer, vergeblicher Gegenwehr erdrosselt worden war: dafür bürgten die starren blutunterlaufenen, gewaltsam aus ihren Höhlen herausgetriebenen Augen, der halboffene Mund, der sich zu einem gräßlichen Hohngelächter zu verzerren schien, und die verkrümmten Hände, die offenbar in dem vergeblichen Bestreben erstarrt waren, den erdrosselnden Knoten des gelben Halstuches zu lösen! Es war ein entsetzlicher Anblick! Als ich endlich imstande war, meine Blicke von dem furchtbaren Schauspiele abzuwenden, auf das ich lange voll Schaudern und Entrüstung hingestarrt hatte, gewahrte ich in einer Ecke des Gemachs mehrere mir bekannte, ansehnliche Bürger der Stadt um einen stattlichen Herrn versammelt, der, an dem geöffneten Schreibtisch der Ermordeten sitzend, die darin enthaltenen Papiere durchmusterte, und den mir der Kreuzwirt als den Syndikus der Stadt und einen der Freier der Lamprechter Nani zu erkennen gab. Die Herren waren, der Leiche kaum mehr eingedenk, in ein leises, aber höchst lebhaftes Gespräch verwickelt, das, allmählich lauter werdend, durch einzelne Worte erkennen ließ, daß es sich um den Nachlaß der Ermordeten handelte. Dieser Umstand hatte mich zu der Frage veranlaßt, was denn mit dem Registranten, dem Mietsmann und mutmaßlichen Erben der Toten und dem glücklichen Nebenbuhler des Syndikus, geworden wäre, und der Kreuzwirt teilte mir eben halblaut mit, daß derselbe, mit der Versteigerung eines in der Lamine in Gant verfallenen Anwesens beauftragt, schon seit sechs Tagen abwesend wäre, als sich ein immer zunehmendes Gewirre von Stimmen im Hausflur erhob, die ärgerlich abmahnend einen ungestüm Vorwärtsdringenden zurückzuweisen bemüht schienen. Gleichwohl drang der laute Ruf: Ich muß hinein! Platz da! Ich muß sie sehen! immer näher, bis zuletzt der Schwall der Menge plötzlich sich teilte, und verstört, geisterbleich, große Schweißtropfen auf der Stirn, ein junger Mann ins Gemach stürzte, in dem ich augenblicklich den Registranten wiedererkannte, von dem wir soeben gesprochen. Bei dem Anblick der Ermordeten bebte er zurück, rang die Hände und rief einmal über das andere: O Jammer! O Entsetzen! O unglückseliger, grauenvoller Tag! —

Mittlerweile war der Syndikus, der sich beim Eintritt des jungen Mannes erhoben und ihn eine Weile von fern mit finsterem Blicke gemessen hatte, auf ihn zugeschritten und begann jetzt in langsam feierlichem Tone, in dem mir aber Hohn und Schadenfreude ganz deutlich durchzuklingen schienen: Ja! beklage Er das gräßliche Ende seiner mütterlichen Freundin!

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Die böse Rebellion.

Auf jeder Straßenecke, in allen größeren Versammlungen, Wirtshäusern und Kaffeehäusern, kurz überall, wo sich zwei oder drei versammelt haben, werden Unterredungen und Diskussionen über die Rebellion geführt. Jeder will dabei gewesen sein, jeder will alles gesehen haben, und jeder weiß, wie es gekommen ist, daß es zu dem Aufstande gekommen ist. Die Zeitungen, die in Versammlungsberichten und anderen Artikeln erklärten, daß irgend eine gefährliche Aufregung, die zu Exzessen und Attentaten geführt hätte, nicht vorhanden sei, haben die Schuld daran, daß der Aufstand ausgebroch

Bolschewismus

Oberlehrer Dr. Hans Schmidt-Wo

Mit drei Abbildungen im Text und auf einer Tafel

Inhalt des ersten Kapitels (S. 1–16):

1. Entstehung der Lehre des Bolschewismus
2. Übertragung der Lehre des Bolschewismus in die russischen Massen
3. Einfluß der Juden
4. Ursachen des Zusammenbruchs
5. Ausnutzung der Revolution durch die Bolschewisten
6. Ausbreitung der Bolschewistenherrschaft
7. Schreckensherrschaft der Bolschewisten
8. Unterdrückung der Religion durch die Bolschewisten
9. Unterdrückung der Freiheit durch die Bolschewisten
10. Aufhebung jeglichen Eigentums durch Bolschewismus
11. Elend der Arbeiter im Bolschewismus
12. Hungersnot — Seuchen
13. Unterdrückung jeder Bewegung gegen den Bolschewismus
14. Verherrlichung der in Rußland gemachten Greuel durch die Juden
15. Verherrlichung der gemachten Erfahrungen durch Trotzki
16. Verherrlichung der russischen Bolschewisten durch Trotzki

Seite [illegible] Verzeichnis der Abbildungen und Tafeln.

Seite [illegible] Vorwort.

Seite [illegible] Literaturverzeichnis.

Seite [illegible] Sachregister.

Seite [illegible] Berichtigungen.

Seite [illegible] Inhaltsverzeichnis.

Seite [illegible] Abbildungsverzeichnis.

Seite [illegible] Tafelverzeichnis

Lokales.

Die [illegible]

[illegible]

Aber nicht alle Berichte können ausgearbeitet werden. Sie enthalten zumeist nur Nebensächlichen, für das die breite Öffentlichkeit kein oder nur geringes Interesse hat, oder aber der Inhalt ist derart, daß der Redakteur aus guten Gründen Bedenken haben muß, ihn der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Publikum trauge Parteiblättern wird nicht gesteigert, wenn die Redaktion gezwungen wird, Berichtigungen solcher Berichte aufzunehmen, die meiner in Wirklichkeit anders verlaufen waren. Es [illegible] Verantwortung eines [illegible] Blattes, [illegible] zu der Meinung [illegible] Tage [illegible] [illegible] [illegible]